

„Mehr für Care!“, das feministische Konjunkturpaket

Die unterzeichnenden BezirksrätInnen von LINKS-KPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 07.06.2022 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten unterstützt die Forderung an die Bundesregierung nach einem feministische Konjunkturpaket „Mehr für Care!“ im Ausmaß von 12 Milliarden Euro.

Begründung

„Die Maßnahmen der Regierung in der Corona-Krise weisen eine eindeutige Schieflage zu Lasten von Frauen aus. Die Krisenpolitik ist im Wesentlichen eine Politik von Männern für Männer und ignoriert die Geschlechterverhältnisse“, kritisiert Elisabeth Klatzer, Mitinitiatorin der Femme Fiscale (einer Vernetzung von Gruppen und Netzwerken u.a. Attac, Plattform 20.000 Frauen, Österreichischer Frauenring, OBRA, WIDE und KFBÖ), „gleichzeitig setzt die Regierung das Geld nicht dort ein, wo die größten Potentiale für Beschäftigung und Ankurbelung der Wirtschaft liegen.“

Als Gegenprogramm dazu präsentiert Femme Fiscale das detaillierte feministische Konjunkturpaket „Halbe-halbe“: Investitionen in Kinderbetreuung, Bildung, Pflege und Gesundheit im Ausmaß von 12 Milliarden würden nicht nur die Situation von Frauen, sondern das Leben aller Menschen verbessern. Das feministische Konjunkturpaket im Ausmaß von 12 Milliarden Euro besteht aus drei Teilen.

- Ein Zukunfts- & Bildungspaket im Ausmaß von 5 Milliarden Euro.
- Ein Pflegepaket im Ausmaß von 4 Milliarden Euro.
- Ein Solidaritäts- & Lebensrettungspaket im Ausmaß von 3 Milliarden Euro.

Da „Care“-Investitionen wie Kinderbetreuung, Bildung, Pflege und Gesundheit laut Studien doppelt so viele Arbeitsplätze wie Investitionen in „Beton“ schaffen, würde dies auch die Wirtschaft beleben.

Allein die Hälfte des vorgeschlagenen Paketes schafft 165.000 bis 180.000 neue Jobs: Das Kindergartenpaket von 2 Milliarden Euro würde 30.000 bis 45.000 Jobs schaffen, die Investitionen in Pflege rund 135.000 Arbeitsplätze. Aufgrund des hohen Anteils von Löhnen und Gehältern sind die positiven volkswirtschaftlichen Nachfrage-Effekte dieser Investitionen höher als bei den bisherigen Maßnahmen der Regierung. Dazu kommen hohe Rückflüsse durch Steuern und Sozialabgaben, die sich auch für das öffentliche Budget rechnen. Zusätzlich verbessern diese Investitionen das Angebot an öffentlichen Leistungen, die alle Menschen nutzen können und tragen zu einem guten Leben für alle Menschen bei. Und: Diese Jobs sind „grüne Jobs“ mit geringem CO₂-Ausstoß.

Finanziert werden kann das Halbe-halbe-Paket durch Beiträge der Reichsten unserer Gesellschaft. Als Anstoßfinanzierung würde ein einmaliger Corona-Lastenausgleich auf hohe Vermögen 70-80 Milliarden Euro (auf 5 Jahre) einbringen. Weitere nationale

Maßnahmen zur Steuergerechtigkeit garantieren eine langfristige Finanzierbarkeit:

- Allein die Erhöhung des Anteils von vermögensbezogenen Steuern am BIP auf OECD-Durchschnitt würde rund 6 Milliarden Euro jährlich einbringen.
- Eine progressive Besteuerung von Unternehmensgewinnen würde rund 2,4 Milliarden Euro jährlich einbringen.
- Ein Stopp umweltschädlicher Förderungen in Österreich in den Bereichen Verkehr, Energie und Wohnen schafft Spielraum für 4 Milliarden Euro an Investitionen.

MEHR FÜR CARE: <https://mehr-fuer-care.at/>

Für LINKS-KPÖ Margareten



BR DI. Wolf-Goetz Jurjans
Klubvorsitzender

BRin Claudia Krieglsteiner